



Was die AfD möchte, hat sie in verschiedenen Programmen niedergeschrieben.

Foto: Swen Pförtner/dpa

Die AfD ist in aller Munde. Viele sind empört über Treffen einiger ihrer Vertreter mit Rechtsextremisten, Millionen Menschen sind gegen die Rechtsaußen-Partei auf die Straße gegangen. Diskutiert wird auch über ein Parteiverbot. Aber was will die AfD konkret? Wie könnte sich das Leben vieler Menschen bereits kurzfristig ändern, wenn die Rechte die Mehrheit im Land hätten? Ein Blick in die programmatische Ausrichtung der Partei.

Gleichberechtigung von Frauen Die AfD „bekennt sich zur traditionellen Familie als Leitbild“. Was dazu führt, dass die offen lesbische Parteichefin Alice Weidel, die mit ihrer Frau zwei Söhne großzieht, für Selfies vor einem Plakat posieren muss, laut dem „Liebe“ bedeutet: „Mutter, Vater, Kinder!“ Weil die von der Wirtschaft benötigten Fachkräfte nicht aus dem Ausland kommen sollen, müssten die Frauen in Deutschland deutlich mehr Kinder bekommen. Erreichen will die AfD das mit einer „aktivierenden Familienpolitik“. Zum Beispiel, dass Eltern zum Erwerb von Wohneigentum zinslose Darlehen erhalten sollen – mit jedem Kind verringert sich die Schuldsumme. Klingt innovativ, gab es so ähnlich aber schon in der DDR und hieß „Ehstandsdarlehen“. Bei der Geburt eines Kindes wurden 25 Prozent der Schuld erlassen. Im Volksmund wurde das „ab-kindern“ genannt. Die DDR blieb allerdings auch nach der Einführung des „Ehstandsdarlehens“ deutlich unter einer Geburtenrate von zwei Kindern pro Frau. Ungewollte Schwangerschaften wären für Frauen unter einer AfD-Regierung derweil deutlich schwieriger zu beenden – Abtreibungen seien „kein Menschenrecht“, heißt es.

Die Ideen der AfD

Programmatik Was würde sich ändern, wenn die Partei die Regierungspolitik bestimmen würde? In ihrem Programm nennt sie ihre Pläne. Experten sagen, was die Folgen für Deutschland wären. *Von Dominik Guggemos*

Entlastungen für Gutverdiener

„Die AfD ist – anders, als sie gerne vorgibt – keine Partei für kleine Leute“, sagt Knut Bergmann vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Marcel Fratzscher vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung sieht das äh-

lich: Die Steuerpläne der AfD, den Solidaritätszuschlag, Vermögensabgaben und Erbschaftsteuern abzuschaffen, würde Gutverdiener entlasten, nicht jedoch Menschen ohne großes Vermögen. Warum ist die AfD bei Arbeitern

dann trotzdem so erfolgreich? Der Jenaer Wirtschaftssoziologe Klaus Dörre findet, dass die AfD enorm von einer „kollektiven Abwertung“ profitiere, nach dem Motto: „Arbeiter wird nur, wer muss – und nicht studieren kann.“

Kinderbetreuung Die AfD will, dass Kinder länger zu Hause bleiben und später in die Kita gehen. Bei unter Dreijährigen soll „eine Betreuung, die Bindung ermöglicht“, im Vordergrund stehen. Die AfD fordert „eine echte Wahlfreiheit zwischen Fremdbetreuung in Krippen oder familiennaher Betreuung“. Diese echte Wahlfreiheit wäre laut Gerhard Brand allerdings ein sehr teures Unterfangen. Der Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) bezweifelt auf Nachfrage, dass das für den Staatshaushalt finanzierbar wäre. Er betont, es sei erwiesen, dass es einen sehr positiven Effekt habe, wenn Eltern früh von außen – etwa in der Kita – dabei unterstützt würden, eine sichere Bindung zu ihrem Kind aufzubauen. Das gilt insbesondere bei den Kleinsten. Der Verbandschef betont zudem, dass der Kitabesuch für die Chancengleichheit wichtig sei.

Nato Kann sich Deutschland noch auf die Sicherheitsgarantien der USA im Rahmen der Nato verlassen, wenn Donald Trump wiedergewählt werden sollte? Darüber wird gerade intensiv diskutiert. Für die AfD ist weniger Präsenz der Vereinigten Staaten ganz unabhängig vom Ex-Präsidenten Trump erstrebenswert. Laut Europawahlprogramm lehnt sie „jegliche Dominanz außereuropäischer Großmächte in der Außen- und Sicherheitspolitik“ ab. Außerdem setzt sie sich für den Abzug aller noch auf deutschem Boden stationierten US-Truppen, „insbesondere deren Atomwaffen“ ein.

„Der dominante Strang der AfD ist antiamerikanisch“, sagt Markus Kaim dieser Zeitung. Aus Sicht des Sicherheitsexperten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist Deutschland aber „sicherheitspolitisch von den USA

abhängig“. Deutschland sei keine militärische Großmacht mehr, betont Kaim. „Man kann sich das anders wünschen, aber in der gegenwärtigen Situation wäre die Abkopplung von Amerika fahrlässig und gefährlich für Deutschland.“

Europäische Union Die EU ist für die AfD laut Europawahlprogramm „nicht reformierbar“, Parteichefin Weidel brachte ein Referendum über einen „Dexit“ ins Spiel, also den EU-Austritt Deutschlands. Laut Institut der deutschen Wirtschaft (IW) würde dies einen Wohlstandsverlust von 400 bis 500 Milliarden Euro jährlich bedeuten.

Medien Für die AfD ist nicht das Treffen einiger ihrer Vertreter mit Rechtsextremisten in Potsdam ein Skandal, sondern die Berichterstattung darüber – die Umkehr des Skandals ist eine gut eingeübte Kommunikationsstrategie. Besonders ARD und ZDF, für Millionen Deutsche eine wichtige Informationsquelle, werden leidenschaftlich attackiert. Die AfD will „die Zwangsfinanzierung des öffentlichen Rundfunks“ umgehend abschaffen und in ein „Bezahlfernsehen“ umwandeln. Wäre das legal?

„Aus verfassungsrechtlicher Sicht halte ich das für zulässig“, sagt der Oldenburger Staats- und Medienrechtler Volker Boehme-Neßler. Das Bezahl-Modell, das die AfD vorschlägt, hat aus seiner Sicht „rundfunkpolitisch durchaus Charme“. Die AfD will außerdem, dass die Kontrollgremien der Rundfunkanstalten von den Zuschauern gewählt werden. „Mehr direkte Demokratie bei der Besetzung der Rundfunkräte wäre nicht nur verfassungsrechtlich zulässig, sondern rundfunkpolitisch sicher eine gute Idee“, sagt Boehme-Neßler.

Interview

„Das halte ich für falsch“

Die AfD ausgrenzen, eine Brandmauer um sie errichten? Simon Franzmann, Direktor des Instituts für Demokratieforschung an der Uni Göttingen, plädiert für einen anderen Umgang: Foulspiele konsequent ahnden, Grenzen ziehen – aber nicht pauschal, sondern im Einzelfall.

Sie finden den Begriff „Brandmauer“ maximal unglücklich und wollen stattdessen lieber über „demokratische Grenzkontrollen“ sprechen. Warum?

Simon Franzmann: Es gibt da klare Erkenntnisse aus der Forschung: Wenn man es mit einem richtigen Rechtsextremisten zu tun hat, der explizit sagt, dass er das demokratische System abschaffen will, sollte man ihm keine Türe öffnen. Demokratische Grenzkontrolle bedeutet, dass man schaut, wer bereit ist, nach den demokratischen Regeln mitzuspielen. Das muss man streng und konsequent sein. Aber: Das muss im Einzelfall geklärt werden.

Im Bundestag stellt die AfD als einzige Fraktion keinen Vizepräsidenten. Viele sagen ganz offen, dass sie jeden Kandidaten pauschal ablehnen, der Mitglied in dieser Partei ist.

Das halte ich für falsch, eine Einzelfallprüfung hat jeder verdient. Klar ist: Ein Vizepräsident muss das Parlament respektieren, in seiner Rolle ganz explizit auch andere Gruppierungen, mit denen er politisch über Kreuz liegt. Das



Simon T. Franzmann forscht an der Universität Göttingen.

Foto: Balsereit

muss zweifelsfrei feststehen. Aber wenn eine Person das erfüllt, müsste sie wählbar sein. Wenn nicht, dann nicht.

Sie kritisieren die AfD für eine Vielzahl an „Foulspielen“. Was verstehen Sie darunter?

Dabei geht es nicht um ein paar Geschäftsordnungstricks oder einen überraschenden Hammelsprung, der die Regierung im Bundestag ärgert. Was ich meine, sind verbale Grenzüberschreitungen. Ein weiteres Foulspiel: Nicht immer, aber manchmal handelt die AfD rein destruktiv, auch auf Länderebene.

Trotz dieses Verhaltens ist die AfD in Umfragen erfolgreich.

Vor allem Union und SPD sollten sich fragen: Nicht alle, aber ein Großteil des Personals der AfD vertritt ganz problematische Positionen. Wenn das so klar ist, warum wählen sie dann so viele? Die Hälfte der Unterstützer in den Umfragen ist nicht rechtsextrem. Da ist in mancher inhaltlichen Positionierung der Parteien der Abstand zu den Vorstellungen ihrer Wähler zu groß geworden, gerade in der Migrationspolitik. Ein Thema muss nicht falsch sein, nur weil es von der AfD angesprochen wird.

Dominik Guggemos

SATZ DES TAGES

„Das kommt einem Todesurteil gleich.“



Mika Beuster, Vorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbands, zur drohenden US-Haftstrafe von 175 Jahren gegen Wikileaks-Gründer Julian Assange. Der britische High Court steht vor einer Entscheidung bezüglich der Auslieferung an die USA. *epd*

Linke Gruppe wählt Doppelspitze

Berlin. Die Abgeordneten Sören Pellmann und Heidi Reichinnek führen die Linke im Bundestag. Die Gruppe mit insgesamt 28 Mitgliedern wählte die beiden in einer Klausursitzung. Sie folgen dem langjährigen Fraktionschef Dietmar Bartsch, der sich nach Jahrzehnten aus der ersten Reihe zurückzieht. Die Ergebnisse fielen in zwei Kampfabstimmungen sehr knapp aus. Beworben hatten sich auch die Abgeordnete Clara Büniger und Bundesgeschäftsführer Ates Gürpınar. *dpa*



Vorwürfe gegen Soldaten Israels

UN-Sachverständigen zufolge haben israelischen Soldaten schwerste Übergriffe gegenüber Frauen und Mädchen im Gazastreifen und im besetzten Westjordanland begangen. Es gebe Berichte, nach denen schutzsuchende Frauen in Gaza mit ihren Kindern gezielt getötet worden seien, obwohl sie ein weißes Tuch gehalten hätten, teilte das UN-Menschenrechtsbüro mit. Andere Vorwürfe sprächen von Vergewaltigung. *kna/Foto: Ariel Schalit/AP/dpa*

Taurus Ukraine rechnet mit Lieferung

München. Die ukrainische Regierung erwartet, dass die Bundesregierung sich doch noch für die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern entscheiden wird. „Die Tatsache, dass Sie kein klares Nein hören, ist schon eine Antwort an sich“, sagte der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz vor Journalisten. Kanzler Olaf Scholz (SPD) war auf der Konferenz der Frage ausgewichen, ob er sie freigeben will. *dpa*

Huthi-Rebellen Erneut Angriff auf Frachter

Brüssel. Die militant-islamistischen Huthi im Jemen haben nach eigenen Angaben erneut einen Frachter im Roten Meer angegriffen. Das in Großbritannien registrierte Schiff habe „katastrophale“ Schäden erlitten, erklärte die Miliz. Zur Sicherung der Handelsschiffahrt beginnt nach mehr als zweimonatigen Vorbereitungen die europäische Marine-mission im Roten Meer. Die EU-Außenminister billigten „Eunavfor Aspidos“ am Montag in Brüssel. *dpa*